

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 9 15 20-0
Telex: 886 846 ppbn d
Telefax: 9 15 20-12



Inhalt

Renate Rennebach
MdB zum Wirken der
'Scientology-Church':
Mit Heilslehren zur
Wirtschaftsmacht.

Seite 1

Margitta Terborg MdB
zur aktuellen Debatte
von Fraktion und Partei
der SPD über out-of-
area-Einsätze der Bun-
deswehr. Verantwor-
tungs- und Gesin-
nungsethik.

Seite 4

Lissy Gröner MdEP
zum Weltkindertag am
20. September: Ver-
sprechen halten.

Seite 6

47. Jahrgang / 179

17. September 1992

Mit Heilslehren zur Wirtschaftsmacht Zum Wirken der 'Scientology-Church'

Von Renate Rennebach MdB
Mitglied des Geschäftsführenden Bundesvorstandes der SPD-
Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA)

1. Was und wer ist die Scientology-Church?

Um es vorweg zu nehmen: In erster Linie ist die Scientology Church (SC) weder eine der vielzähligen (Jugend-)Sekten, noch eine Religion oder gar Kirche, auch wenn Name und landläufiges Verständnis diese Vermutung nahe legen. Vielmehr ist die SC primär ein international, d.h. weltweit in ca. 65 Ländern operierender Wirtschaftskonzern mit Hauptsitz in den USA, dem es hinter der Fassade der Verkündung religiös-psychologischer Heilslehren tatsächlich auf die weitere Vermehrung seiner bereits enormen ökonomischen und (damit) auch politischen Macht ankommt. Das große Ziel der SC ist laut Ron Hubbard, dem geistigen Vater und Begründer der Scientology-Lehre, die dianetische Eroberung des Planeten Erde, d.h. eine Eroberung durch die Köpfe der Menschen ('Dianetik' bedeutet 'durch den Verstand'). Dem SC-Eroberungsfeldzug folgten im Jahr 1991 laut Schätzungen allein in Deutschland ca. 200.000 Anhänger, die dafür einen Jahresumsatz von etwa 150 Millionen DM erwirtschafteten.

Insbesondere der Verknüpfung von geistiger Heilslehre mit einer eigenen, knallharten und rigorosen Wirtschaftspolitik verdankt die SC, daß sie als internationales Wirtschaftssyndikat bislang von der breiten Öffentlichkeit nahezu unbemerkt und somit auch fast ungehindert zu ihrer kaum vorstellbaren Größe und Stärke gelangen konnte. So verfolgen die SC-Macher eine äußerst subtile Strategie und eine nur schwer bzw. oft erst (zu) spät wahrnehmbare Vorgehensweise bei der Ausweitung ihres Wirtschaftsimperiums. Denn nicht die SC selbst betreibt oder übernimmt die (neuen) Firmen, sondern scientologisch linientreue Unternehmer, die diese Firmen zum einen der SC zumindest mittelbar - d.h. dem SC-Wirtschaftszweig WISE (World-International-Scientology-Enterprises) - unterstellen und zum anderen nach festgelegten Scientology-Richtlinien und -Befehlsstrukturen führen (s.u.).

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
inkl. zuzügl. MwSt und Versand.

Kemalpaar Umwelt
mit dem besten Recycling-Papier



Von den bereits weit verstreut operierenden Scientology-Unternehmern in Deutschland hat sich in letzter Zeit insbesondere Gerhard Haag hervorgetan, der als Scientology-Großspender mit dem intimen Ehrentitel "Patron mentorius" dekoriert ist. Nach dem Kauf des Betriebes Krupp Stahlbau in Altbach bei Esslingen vor 2 1/2 Jahren (jetzt: Stahlbautechnik Neckar) versucht Haag nun verstärkt, seinen Einfluß und den der SC weiter zu vergrößern, und zwar nicht zuletzt auch in den neuen Bundesländern. Gescheitert ist Haag zwar (vorläufig) beim Kauf von Treuhand-Objekten, wie der Stahlbautechnik Elbe in Riesa - der Vertrag wurde kürzlich und buchstäblich in letzter Minute suspendiert - und der Bestahl Stahlbau GmbH in Ost-Berlin, da die Treuhand angesichts der unternehmerischen Machenschaften Haags keine Firmen an die SC veräußern will. Dagegen droht jedoch aktuell die Übernahme der größten Berliner Stahlbaufirma Krupp Stahlbau GmbH in Tempelhof durch Haag bzw. die SC. Weitere scientologische Großaktivisten in Deutschland sind u.a. der inzwischen festgenommene Werbefachmann Heilig, die Unternehmensberater Krumholz und Stricker sowie der Multi-Unternehmer Foullois (vgl. z.B. zuletzt der Spiegel 38/1992).

II. Wirtschaftspolitik und Betriebsführung der Scientology-Church

Damit ein Betrieb zu einem funktionierenden und vor allem profitablen Scientology-Unternehmen wird, ist es im Sinne der eigenen Strategie notwendig, daß möglichst viele MitarbeiterInnen von der Scientology-Mission überzeugt sind bzw. werden. So wird in der Regel zunächst versucht, die Managementebene mit bewährten oder noch zu bekehrenden Scientologen zu besetzen, um so über das entsprechende innerbetriebliche Machtpotential zu verfügen.

Bei einer solchermaßen direkten oder indirekten scientologischen Betriebsübernahme kommt der SC die gegenwärtige Situation auf dem deutschen Arbeitsmarkt sehr entgegen. Denn die daraus resultierenden individuellen Ängste und Nöte der Menschen versetzt die SC umso besser in die Lage, diese von einer Mitarbeit zu "überzeugen". So reicht der Katalog scientologischer Köder von der Eröffnung vergleichsweise traumhafter Karrierechancen für Führungskräfte bis hin zur bloßen Aussicht auf einen Arbeitsplatz für die einfachen ArbeitnehmerInnen.

Diese Privilegien haben andererseits aber auch ihren üppigen und gefährlichen Preis. Dieser besteht im wesentlichen aus hoher Arbeitsbelastung, Nichtbeachtung von Arbeitnehmerrechten (z.B. keine Betriebsräte), insbesondere jedoch aus Loyalität, Gehorsam und Unterwerfung unter das repressive System der betrieblichen Befehls- und Sanktionsstrukturen. Geradezu glücklich können sich da diejenigen schätzen, die diesen "Deal" erkennen und rechtzeitig aus- bzw. erst gar nicht einsteigen. Denn hat man sich einmal der Scientology-Maschinerie unterworfen und sich somit der sog. "Technologie" ausgesetzt, wird es schwer, dort wieder herauszukommen.

Gemäß der scientologischen "Ethik" - wobei ethisch alles das ist, was der SC nutzt - spielt nämlich der einzelne Mensch die Rolle eines bestimmten funktionierenden Teilchens und hat sich als ein solches ganz und gar für die Verbesserung der betrieblichen Profitstatistik einzusetzen. Funktioniert er nicht im gewünschten Sinne, verhält er sich "unethisch" und wird als einfacher Arbeitnehmer gefeuert bzw. als Führungskraft ein Fall für die SC-Justiz und den SC-Schulungsapparat. In den zwangswise verordneten Kursen und Seminaren mit horrenden Gebühren sollen "unethische" Anhänger wieder "handhabbar" gemacht, d.h. wieder auf die SC-Linie eingeschworen werden. Die "Inhalte" dieser teilweise an abstrusen Okkultismus grenzenden Veranstaltungen reichen von der intensiven Lektüre von Hubbards Schriften über Strafarbeiten bis hin zu Psycho-Sitzungen und Auditings, einer Art Hypnoseverfahren, mit Brainwashing-Effekten.

Aber damit noch nicht genug. Denn die SC hat im Rahmen ihrer "Technologie" noch weitere und überaus wirksame Mittel entwickelt, um MitarbeiterInnen bei der Stange zu halten. So werden diese durch Verstrickung in illegale Praktiken in den SC-Betrieben abhängig und erpressbar gemacht. Oft beginnt dies vergleichsweise harmlos durch Zahlung von Schwarzgeldern für geleistete Überstunden. Gravierender sind die Auswirkungen jedoch beispielsweise durch Beteiligung an betrieblichen Steuerhinterziehungen im großen Stil. Daß in SC-Betrieben so einiges illegal abläuft, zeigen die Berichte von SC-Aussteigern (vgl. z.B. Wochenpost vom 20.08.1992, Berliner Zeitung vom 31.07.1992), zahlreiche Gerichtsverfahren sowie nicht zuletzt

die Ermittlungen der Staatsanwaltschaft gegen Haag wegen illegaler Beschäftigung ausländischer Arbeitnehmer, gegen Heilig wegen Steuerhinterziehung und gegen Krumholz wegen Wirtschaftskriminalität und Untreue.

Schließlich verfügt die SC über ein ausgefeiltes System der Bespitzelung und Überwachung mit stasi-ähnlichen Methoden - eine inzwischen gerichtlich genehmigte Bezeichnung. So werden "Ethik"-Akten, d.h. spezielle Personalakten angelegt, gibt es in den Ausbildungsstätten eine eigene SC-Polizei und werden Abtrünnige auf vielfältige Weise schikaniert.

III. Stand der Maßnahmen und Aktionen gegen die Scientology-Church

Glücklicherweise haben die Machenschaften der SC gerade jüngst wieder eine etwas größere Rezeption in der (Medien-)Öffentlichkeit erfahren. Dies ist nicht zuletzt auf die inzwischen jahrelangen - auch juristischen - Aktivitäten von Einzelpersonen und Schutz- bzw. Betroffenenverbänden zurückzuführen.

Darüber hinaus ist zu hoffen, daß nun endlich auch im breiteren politischen Bereich wirksame Maßnahmen in Gang kommen. Zwar gibt es bereits seit einiger Zeit und über alle Parteigrenzen hinweg einen weitestgehenden Konsens hinsichtlich der Gefährlichkeit der SC und der Notwendigkeit zu ihrer Bekämpfung; die von Politikern, Parteiorganisationen und Verbänden verbreiteten Stellungnahmen und Mitteilungen sowie die wenigen parlamentarischen Initiativen auf landes- und bundespolitischer Ebene konnten jedoch bislang nicht die erforderliche Effizienz verbuchen.

So ruht gegenwärtig die politische Hoffnung vornehmlich auf einer entsprechenden Umsetzung der Ergebnisse einer nichtöffentlichen Anhörung des Bundestagsausschusses für Frauen und Jugend zum Thema "Jugendsekten" am 9. Oktober 1991, insbesondere aber auf den Beschlüssen der Justizministerkonferenz der Länder, die sich auf Initiative des Landes Baden-Württemberg im Mai dieses Jahres mit der "Strafrechtlichen Überprüfung des Gebarens der Scientology-Organisation" beschäftigt hat. Dabei äußerten die Justizministerinnen ihre große Beunruhigung "durch Berichte, die von psychischen und physischen Abhängigkeitsverhältnissen, materieller Ausbeutung unter Gewissenszwang sowie von Persönlichkeitszerstörungen durch 'Scientologen' (...) Kenntnis geben". Auf dieser Grundlage entschlossen sie sich zum einen, über den Unterausschuß "Organisation der Staatsanwaltschaft", "die Möglichkeiten strafrechtlicher Reaktionen auf die Methoden und Handlungsweisen der SC auszuloten. Zum anderen bitten sie die Konferenz der Innenminister und -senatoren um Prüfung, ob die Ziele und Methoden der 'Scientology'-Organisation eine Beobachtung durch die Verfassungsschutzbehörden notwendig machen".

IV. Zukünftige Aufgaben und Notwendigkeiten

Neben weiteren politischen und parlamentarischen Initiativen ist insbesondere eine wesentlich verstärkte Öffentlichkeit und Bewußtseinsbildung dringend geboten. Auch wenn es gelingt, in Teilen der SC juristisch beizukommen, so können diese "Erfolge" nicht darüber hinwegtäuschen, daß damit zum einen nur die Spitze eines Eisberges gerade mal angekratzt wird und zum anderen all das, was die eigentliche Gefährlichkeit der SC ausmacht, nicht erfaßt wird bzw. erfaßt werden kann. Denn noch eröffnen sich der SC zu viele juristische Nischen, mit deren Hilfe sie ihre Machenschaften fortsetzen kann. So besitzt die SC beispielsweise nach wie vor den Status der Gemeinnützigkeit; auch konnten sich die SC selbst sowie ihre Mitglieder bzw. Anhänger durch Berufung auf das Grundrecht der Glaubens- und Bekenntnisfreiheit bislang erfolgreich einer juristischen Prüfung entziehen.

Zukünftig notwendig sind demnach neben durchgreifenden politischen und (damit) auch juristischen Maßnahmen eine durch Öffentlichkeit bewirkte Aufklärung und Bewußtseinsbildung auf breiter Front. Nicht zuletzt die Suspendierung der Betriebsverkäufe an Gerhard Haag bzw. die SC durch die Treuhand, die im wesentlichen auf das öffentliche Bekanntwerden scientologischer Machenschaften zurückzuführen ist, hat die Wirksamkeit und Notwendigkeit von Öffentlichkeit deutlich unterstrichen. Da die SC letztlich nur durch Anhängergewinnung ihren Machteinfluß vergrößern kann, müssen illegale Mitgliedergewinnungen juristisch und können die rechtlich nicht greifbaren Praktiken nur über entsprechende Aufklärungsarbeit verhindert werden.

Begrüßenswert sind insofern sämtliche bestehenden Aktivitäten zur Information und Aufklärung seitens der Öffentlichen Hand, d.h. zuständigkeithalber seitens der Länder sowie seitens der Kirchen und anderer gesellschaftlicher Gruppen und Institutionen wie der Betroffenen- und Schutzverbände. Gleichzeitig zeigt jedoch auch der zunehmende Machteinfluß der SC, daß hier noch weitere und wesentlich verstärkte Anstrengungen notwendig sind. Gefordert sind dabei vornehmlich Bund und Länder hinsichtlich der Bereitstellung von Haushaltsmitteln - nicht zuletzt auch zur Unterstützung entsprechender nichtstaatlicher Initiativen und aussteigewilliger Scientologen. Gefordert sind aber auch Parteien, Kirchen, Gewerkschaften, Verbände und sonstige Institutionen, im Rahmen ihrer Möglichkeiten und insbesondere durch Herstellung einer entsprechenden Öffentlichkeit, der Gefahr Scientology Church massiv entgegenzuwirken.

(-/17. September 1992/rs/ks)

Verantwortungs- und Gesinnungsethik

Zur aktuellen Debatte von Fraktion und Partei der SPD über out-of-area-Einsätze der Bundeswehr

Von Margitta Terborg MdB

Mitglied des Auewärtigen Ausschusses des Deutschen Bundestages

Unseren Vordenkern in der Partei ist zuzugestehen, daß sie uns die Entscheidung in Sachen out-of-area-Einsätzen der Bundeswehr erleichtern wollen. Sie rechnen ein, daß die Partei sich längst dazu entschlossen hat, die Verfassungsgrundlage für Blauhelm-Aktionen gutzuheißen, aber nicht einen Millimeter darüber hinaus zu gehen. Da dies nach Ansicht unserer Parteioberen nicht reicht, ist Seelenmassage gefragt. Und die geht dann so vor sich: Blauhelme seien das eine, aber wenn Schweden, Pakistani, Franzosen und andere ihr Leben im Auftrag der Vereinten Nationen einsetzen, dann dürften sich die Deutschen nicht abseits stellen und sich darauf beschränken, unter Hinweis auf das Grundgesetz allenfalls als Finanziere aufzutreten.

Moment mal: da stimmt was nicht. Die Schweden, die Pakistanis, die Franzosen und andere agieren als Blauhelme. Nicht als kämpfende Truppen einer UNO, die es noch gar nicht gibt. Dieses Blauhelm-Risiko will meine Partei ja mittragen. Es fällt auf, daß die Koalition eine derart eingegrenzte Verfassungsänderung gar nicht will.

Daraus haben auf dem Petersberg 14 Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten den Schluß gezogen, Partei und Fraktion zu empfehlen, diese Verfassungsänderung zu erweitern. Deutsche Soldaten sollten ihrer Meinung nach in allen Ecken der Welt auch dann sterben dürfen, wenn die Vereinten Nationen (über eine Aktivierung des Artikels 43 der UNO-Charta) sich dazu entschließen, aktiv in Kampfhandlungen einzugreifen. Eine solche UNO gibt es nicht und wird es auch in 20 Jahren noch nicht geben. Das würde nämlich bedeuten, daß die großen Mächte ihre militärischen Potentiale den Vereinten Nationen unterstellen und die Entscheidung über Krieg und Frieden dem Weltsicherheitsrat, dem UNO-Generalsekretär und einem UNO-Generaltab überlassen würden.

Mein Ministerpräsident Gerhard Schröder hat dazu geraten, eine solche in ferner Zukunft mögliche Situation abzuwarten und bis dahin unsere Bereitschaft, das Grundgesetz zu ändern, strikt auf Blauhelmeinsätze zu begrenzen. Das, so denke ich, ist ein "verantwortungsethischer" Ansatz.

Aber jetzt erfahre ich von meinen Genossen in der oberen Parteietage, daß man eigentlich nur "gesinnungsethisches" so denken dürfe. Die Welt, so lassen sie mich wissen, sei ungleich komplizierter. Kriege seien wieder führbar und man müsse sich einmischen. Aus dieser Realität wollen sich die "Gesinnungsethiker" in der SPD ausklinken. Als ich das las, wurde ich heilhörig und bemühte meine Geschichtskennntnisse.

Wenn ich es richtig sehe, haben die "Verantwortungsethiker" in der SPD-Reichstagsfraktion - und zwar alle - 1914 die Kriegskredite bewilligt. (Das war der folgenschwerste Bruch in der 125jährigen SPD-Geschichte). Mit ihrer Entscheidung unterschieden sie sich in nichts, allenfalls in den Formalien, von den "verantwortungsethischen" französischen oder britischen Sozialisten. Aber warum soll man so weit in die Geschichte gehen? Die "Verantwortungsethiker" im US-Kongreß haben quer durch die politischen Fronten den Golf-Krieg gutgeheißen und hätten auch einen zweiten Konflikt gebilligt, wenn das vor der Weltöffentlichkeit nicht zu peinlich gewesen wäre. Die "verantwortungsethisch" motivierte Labour-Fraktion applaudierte im britischen Unterhaus dem Falkland-Abenteuer. Sozialdemokraten und Kommunisten hatten (natürlich verantwortungsethisch) dem französischen Kolonialkrieg in Algerien gutgeheißen.

Ich wage die Behauptung, hätte es die Verfassungsschranke des Grundgesetzes nicht gegeben, hätte sich Deutschland auch direkt in den Golfkrieg eingeklinkt. Parlamente sind hilflos kriegswütig in Krisensituationen - man beweise mir bitte das Gegenteil.

Als "Gesinnungsethikerin" - und das heißt doch wohl als Doofi - im politischen Geschäft, hätte ich mich eigentlich unwohl fühlen müssen. Wenn es meinen Ministerpräsidenten nicht gäbe und nicht eine Flut von Zuschriften, aus denen ich nur Bruchstücke zitieren kann, um niemanden zu langweilen:

"Unsere Partei, unsere SPD, spielt keinen Krieg und macht keinen Krieg", hofft ein Landrat aus meinem Wahlkreis. "Gut gebrüllt, Löwin" bekam ich aus Nürnberg gefaxt, als ich öffentlich gegen out-of-area-Einsätze der Bundeswehr eintrat und aus Bruchköbel schrieb mir ein junger Genosse: "Solange es noch Abgeordnete wie Dich gibt, kann es auch weiterhin für uns eine Motivation geben, in der Partei zu bleiben". "Keinen Kampfeinsatz deutscher Soldaten" wünscht ein Unternehmer aus Baden-Württemberg. "Nie und nimmer dürfen deutsche Männer in Kriegshandlungen beordert werden" fordert ein Bürger aus Apen, und eine Historikerin aus Bremen bat mich "gegen alle Kriegseinsätze junger Deutscher" zu sein.

Eine junge Genossin aus Delmenhorst sagte mir, sie suche noch immer nach einem Mann, der ihr erklären könne, "was an einer humanitär schützenden Granate besser sein soll" als an einer, die "von kriegswütigen Völkerstämmen" abgeschossen wird. Aus Delmenhorst bekam ich hohes Lob für meine "gesinnungsethische" Haltung und aus Nordenham faxte mir ein Unternehmer: "Wir werden die Partei verlassen, wenn sich die Sozias an den Grundrechten vergehen. Und Du weißt, daß wir das auch wirklich tun werden". Ich könnte die Liste beliebig fortführen, aber lassen wir es dabei. Mein Nordenhamer Ortsverein hat der beabsichtigten Verfassungsänderung eine klare Absage erteilt. Es ist zu erwarten, daß die Unterbezirke Delmenhorst, Wesermarsch und Oldenburg-Land ebenso entscheiden.

Solten sich in meinem Wahlkreis die "Gesinnungsethiker" gesammelt haben? Ich habe da meine Zweifel. Ich denke, da haben sich ganz normale Menschen, die noch ein Gespür für Moral haben, artikuliert. Darauf bin ich stolz. Und deswegen lasse ich mich gern als "Gesinnungsethikerin" abqualifizieren.

(-/17. September 1992/rs/ks)

Versprechen halten
Zum Weltkindertag am 20. September

Von Lissy Gröner MdEP
Kinderpolitische Sprecherin der sozialdemokratischen Europaabgeordneten
Vizepräsidentin der Intergroup "Familie und Rechte des Kinder" im Europäischen
Parlament

Am 30. September 1990 kamen über 70 Staatsoberhäupter zum ersten Weltkindergipfel zusammen. Sie versprachen in Form einer Charta, 'den Rechten der Kinder, ihrem Überleben, ihrem Schutz und ihrer Entwicklung hohe Priorität einzuräumen'.

Fast zwei Jahre danach, ist diese UN-Konvention immer noch nicht von allen EG-Mitgliedstaaten ratifiziert worden; von Deutschland nur mit Vorbehalten. Die Charta darf aber nicht in Unverbindlichkeit erstarren. Ihre Unterzeichnung darf kein Sonntagsversprechen gewesen sein. Sie muß in allen Staaten rechtsverbindlich werden.

Allein in Europa stellen die Kinder und Jugendlichen noch heute ein je nach Mitgliedstaat mehr oder weniger bedeutendes Arbeitskräftepotential dar. Oft handelt es sich hierbei um 'unsichtbare' Arbeitskräfte, die nur schwer statistisch zu erfassen sind. Aus den Ergebnissen einer 1989 durchgeführten Erhebung geht hervor, daß in Portugal 397.000 Kinder und Jugendliche zwischen 14 und 19 Jahren in einem Arbeitsverhältnis standen; in Spanien waren es 563.000, im Vereinigten Königreich 2.128.000 und in Italien 743.000 Kinder und Jugendliche. Nach Auskunft der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO) arbeiteten in Portugal noch Anfang der 80er Jahre zwischen 90.000 und 200.000 Kinder unter 15 Jahren.

Etwa zwei Millionen Kinder im Alter von 15 Jahren arbeiteten 1989 nach Angaben des europäischen Amtes für Statistik (Eurostat) in der Gemeinschaft. Davon lebten mehr als ein Drittel im Vereinigten Königreich, circa 15 Prozent in Deutschland und circa 12 Prozent in Italien. Dies sind für Industriestaaten beschämende Zahlen!

Die Europäische Gemeinschaft sollte als ersten konkreten Schritt zur Umsetzung des Versprechens des Weltkindergipfels ein Aktionsprogramm für Kinder in Gang setzen. Darin muß ein fatales Defizit ausgeräumt werden: Gegenwärtig sieht die Rechtswirklichkeit in Europa so aus, daß nur Personen ab 15 Jahren rechtsrelevant in den Verträgen erscheinen. Kinder unter 15 Jahren bleiben unberücksichtigt. Kinder haben jedoch einen Anspruch auf eigene Rechte.

Im europäischen Haus muß das Kinder- und Jugendzimmer von vornherein geplant und angemessen ausgestattet werden. Daß man gerade die Kinder als schwächste Glieder unserer Gesellschaft vor der Tür des europäischen Hauses warten läßt, können wir europäische Sozialdemokraten nicht länger tolerieren. Ich fordere, daß die Kinder bei der Reform der Einheitlichen Europäischen Akte endlich berücksichtigt werden.

Was unsere Kinder brauchen, ist eine starke Lobby. Es muß ein europäisches Netzwerk aufgebaut werden, in dem alle Kinderverbände und -vereinigungen zusammenarbeiten und koordiniert vorgehen.

Letztendlich sind wir alle gefordert, mehr Rechte für Kinder festzusetzen. In den Kommunen über die Länderparlamente bis hin zum Bundestag und zum Europäischen Parlament muß die Charta mit Leben erfüllt werden. Unsere Kinder und Jugendlichen sind Grundstock für das künftige Europa.

(-/17. September 1992/rs/ks)
